

Für unsere Stadt DKP-Standpunkte

Nach über 30 jähriger kommunalpolitischer Arbeit in unserer Stadt ist die DKP Heidenheim eine Selbstverständlichkeit.

Unsere Stadträte



Reinhard Püschel und Wilhelm Benz vor Ort

Immer stand die steuerliche Entlastung der privaten Unternehmen und der großen Einkommen im Mittelpunkt der Steuerpolitik aller Bundesregierungen. Die Folge davon ist die milliarden-schwere Verschuldung der öffentlichen Hände, insbesondere der Städte und Gemeinden. Sie sind nicht nur einem verschärften Standort- und Konkurrenzkampf ausgesetzt, sondern sind zu Instrumenten des Sozialabbaus und der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen geworden. Öffentliche Bereiche, die der Daseinsvorsorge dienen, wie Energieversorgung, Wohnungen, Öffentlicher Personenverkehr, Kinder- u. Jugendarbeit, Alten- u. Seniorenarbeit, kommunale Kulturaufgaben u.s.w., werden zunehmend in private Hände übergeben und so der Kapital- u. Gewinnerzielung unterworfen.

Wann immer es im Gemeinderat zu Abstimmungen kam, die Vertreter der DKP Heidenheim standen immer auf der Seite der arbeitenden Bevölkerung, der lernenden Jugend, der Mieter. Die DKP steht in einer langen Tradition für die Interessen der einfachen Leute.



Die DKP steht für eine andere Politik-



Wettbewerb und Marktorientierung haben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nichts verloren. Kommunen brauchen im Gegensatz dazu mehr Geld von Bund und Land um Daseinsbedürfnisse zu bewältigen. Sie brauchen finanzielle Spielräume für Investitionen und für soziale Aufgaben.

Unsere Standpunkte zu Themen die in Heidenheim aktuell behandelt werden.

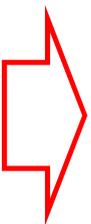


Das Ploucquet-Areal

Zu Beginn des Jahres 2006 hat das rund 200 Jahre bestehende Textilunternehmen die Produktion eingestellt. Die Letzten der rund 500 Beschäftigten sind in einem seit 2002 verlaufenden, erpresserischen Verängstigungsprozess, der mit schleichendem Personalabbau und Lohnzugeständnissen einherging, zum 31.01.2006 gekündigt worden.

Das Ploucquet-Areal ist heute eine Geisterimmobilie. Die Industriebrache umfasst eine Fläche von 2,6 Hektar. Der Gemeinderat hat eine Veränderungssperre beschlossen, um Grundstücks-Spekulationen einzugrenzen. Mit über 2,5 Millionen Euro Steuergelder (1,525 Mio. vom Bund und Land und 1 Mio. von der Stadt) geht das Gelände, nachdem die Gebäude abgerissen wurden und der Platz baureif hergerichtet ist in den Besitz der Stadt über.

Es darf nicht sein:



Dass 2.525.000,- Euro Steuergelder durch Grundstücksverkäufe an Investmenthaie und Immobilienspekulanten weiter gegeben werden.

Dass zum Zwecke der Überbauung eigens gegründete Gesellschaften, in denen VOITH, die Sparkasse und Stadt dazu bestellt werden, gestalten und walten können wie sie wollen.

Dass die Grundstücke privatisiert oder in sog. Public-Privat-Partnerships-Modelle teilprivatisiert werden.

Die DKP schlägt vor:



Das Ploucquet-Areal bleibt in städtischem Besitz

Die Gestaltung des Areals wird gemeinsam mit der Bevölkerung und mit Städteplanern vorgenommen.

Werden Pläne zur Überbauung realisiert, dürfen die Grundstücke nur in Erbpachtverträgen weiter gegeben werden.

das Ploucquet-Areal ist zu wertvoll. Es darf nicht privatisiert werden.

Schlossberg -Kultur, Sport, Freizeit, Naherholung-

Es ist hinreichend bekannt, dass sich die Heidenheimer Großindustrie das Luxus-Hotel auf dem Schlossberg wünschte. Heidenheims Oberbürgermeister Ilg hat daraufhin über Nacht den vor Jahren beschlossenen Plan des Gemeinderats, eine Veranstaltungshalle in den Seewiesen zu bauen, außer Kraft gesetzt. Die jetzige Schlossbergbebauung wird nach einer HZ-Umfrage von 60 Prozent der Befragten abgelehnt. Unser Schlossberg ist Schloss Hellenstein mit seinen Museen, ist Naturtheater, ist Sport von Tennis über Leichtathletik, Ball- Kraft- und Rollsport. Unser Schlossberg muss Freizeit- und Naherholungsgebiet für die Heidenheimer und für Besucher aus dem Umland werden. Bereits im September 2005 haben die beiden Tageszeitungen eine Studie zur Entwicklung des Schlossberges durch das Ludwigsburger Architektenbüro Knecht veröffentlicht. Die DKP Stadträte haben in der Gemeinderatssitzung vom 24. Februar 2008 nochmals den Knecht-Plan in Erinnerung gerufen: Es ist eine freiräumliche Gestaltung zu einem zukunftssträchtigen, familiengerechten Naherholungsgebiet.

Die DKP schlägt vor:



Der sog. Knecht-Plan muss der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Aus den diffusen Einzelflächen muss eine Einheit entstehen.

Im Zusammenhang mit dem Sportentwicklungsplan ist es höchste Zeit, diesen Schlossberggestaltungsplan im Gemeinderat öffentlich in Erinnerung zu bringen und neu zu beraten.

Mit dem Bau des Hotels und der Veranstaltungshalle muss der Schlossberggestaltungsplan für Heidenheim zeitnah umgesetzt werden.

Fußballstadion am Seeberg

Haben die Befürworter wirklich recht? Ist die Zeit für ein Fußballstadion reif? Ist es nicht Zweckpropaganda, Sportlobbyismus oder kommunales Konkurrenzdenken gegenüber anderen Städten und Gemeinden? Der 1.FCH 1846 hat durchaus Chancen, die Regionalliga zu erreichen. Aber gleich ein Fußballstadion zu bauen, grenzt an Überheblichkeit, zumal die Stadt durch einige Großbaumaßnahmen finanziell gebunden ist. Ein übereilter Beschluss durch den Gemeinderat für das Stadion käme einem Schwabenstreich gleich.

Im Gemeinderat steht der Sportentwicklungsplan zur Diskussion. Er beinhaltet neben der Förderung und Entwicklung des Schul- und Vereinssport auch den Freizeit- und Breitensport.

Die Kinder und ältere Menschen sind dabei wichtige Zielgruppen.

Bevor überhaupt ein Fußballstadion gebaut wird, muss eine planerische und realisierbare Klarheit über die weitere Schlossbergentwicklung herrschen.

Die DKP fordert,



Heraus mit den Geheimplänen zur Schlossbergbebauung.

Klare Planungsverhältnisse schaffen

Finanzierungsvorschläge vorlegen

Folgekostenanalysen erarbeiten

Öffentlichkeit informieren und einbinden

Flugplatz Elchingen u. Heidenheim

Der Flugplatz Elchingen soll entsprechend einer EU-Richtlinie ausgebaut werden. Kosten rund 9 Millionen Euro. Schon im April 2007 wurde am Rande der Voith-Pressekonferenz zum geplanten „Head-Office“ der Wunsch zum Ausbau des Flugplatzes geäußert. Heidenheims große Unternehmen wollen den Flugplatzausbau. CDU-Oberbürgermeister Ilg und seine christlichen Gemeinderatmitglieder stehen hinter dem Wunsch. Anders die Bewohner in den umliegenden Gemeinden. Sie haben sich zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Über tausend Protestunterschriften sind bereits gesammelt worden. Sie befürchten erheblichen Flug- und Verkehrslärm und Eingriffe in Wald und Feld. Der Ausbau kostet mindestens 9 Millionen Euro. Von den Folgekosten ganz zu schweigen. Die DKP-Stadträte stehen hinter der Bürgerinitiative und haben sich im Gemeinderat gegen den Flugplatzausbau ausgesprochen. Der Landeplatz soll 1.5 km lang und Flugzeuge bis zu 14 Tonnen abgefertigt werden.

Die DKP sagt:



Kein Geld, keinen Cent aus der städtischen Haushaltskasse für den Voith-Wunsch.

Vogelschutzgebiet oder Bauplätze

Eine Mehrheit des Gemeinderats hat dem Bauvorhaben bereits zugestimmt. Im Bereich „Fuchssteige“ plant die Stadtverwaltung ein Baugebiet für Einfamilienhäuser. Proteste aus der Bevölkerung richten sich gegen das Vorhaben, weil es sich um ein Vogelschutzgebiet handelt. Ein weiterer Grund für die Ablehnung ist die stetige Verringerung der Einwohnerzahl. Im Heidenheimer Gemeinderat haben sich die Stadträte der DKP für den Erhalt des Vogelschutzgebietes ausgesprochen.

Die DKP sagt:



Das Vogelschutzgebiet Fuchssteige darf nicht angetastet werden.

Der Asang ist als Baugebiet bereits ausgewiesen.

Die Fläche „Klein Zürich“ ist mit einer Veränderungssperre zu belegen. An dieser Stelle gibt es genügend Bauplätze für Familien.

Spekulatives Bauen, allein zur Geldanlage, um abzuschreiben und Steuern zu sparen, muss verhindert werden.

Der Verkauf, der von Gagfah übernommenen GBH-Mietwohnungen, muss bekämpft und verhindert werden.

Der kommunale Wohnungsbau ist zu fördern.

Mietwohnungen für Heidenheim

Mit der Zustimmung des Gemeinderats, seine Beteiligungen an der GBH abzustoßen, hat sich die Stadt samt OB Ilg aus einem sehr wichtigen kommunalen Kerngeschäft verabschiedet. Stadtverwaltung und Gemeinderat haben Hunderte von Mietern der Heuschrecke Gagfah überlassen. Dem Heidenheimer Handwerk sind dadurch wichtige örtliche Aufträge zur Arbeits- und Einkommenssicherung verloren gegangen.

Neben Miet- und Mietnebenkostenerhöhungen werden die Mieter mit sog. Modernisierungsmaßnahmen konfrontiert, die vielfach gegen die Mieterinteressen durchgesetzt werden. Bauliche Veränderungen haben teilweise zur Folge, dass das Mobiliar der Mieter nicht mehr passt und sie somit neben Mieterhöhungen dem Baudreck und anderen Einschränkungen noch neue Möbel zu beschaffen haben.

Lediglich läppische 5 Mio. Euro wurden aus dem Verkauf der GBH-Aktien von der Stadt zurückgelegt. Ihr Verwendungszweck, nur bei Bedarf, ist dem Bau von Armenwohnungen vorbehalten.

Hinzu kommt, dass das Hauptgeschäft der Gagfah der Verkauf der ehemaligen Mietwohnungen und ganzer Häuserblöcke ist. Die so eingeleitete brutale Weiterprivatisierung beschleunigt die Abschaffung des Menschenrechts und die kommunale Daseinsvorsorge für preisgünstiges und soziales Wohnen

Die DKP fordert:



Gemeinderat und Stadtverwaltung stehen in der Pflicht, sich verstärkt um die kommunale Daseinsvorsorge „Wohnen als Menschenrecht“ zu kümmern.

In jedem Wohngebiet sind kommunale Beschwerdestellen für Mieter einzurichten und personell so zu besetzen, dass sowohl fachliche wie soziale Beratungen möglich werden.

Stadtwerke AG Heidenheim

Die Stadtwerke haben die Aufgabe, Haushalte, Handwerk und Industrie mit Strom, Gas, Wasser und Wärme zu versorgen. Das gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die Stadtwerke AG steht aber im Verruf, zu den teuersten Tarifanbietern zu gehören. Protestaktionen und eine Bürgerinitiative haben sich gebildet. Sie verlangen gläserne Taschen bei der Preiskalkulation. Neben ihren Versorgungsaufgaben finanzieren die Stadtwerke auch noch Prestigeprojekte. So finanzieren und betreiben sie die Parkierung und die Tiefgarage des Luxushotels mit Konzerthalle auf dem Schlossberg. Auch das weit verbreitete so genannte Industrie-Sponsoring gehört nicht zur Kernaufgabe der Stadtwerke. Mit Gewinnabführungsverträgen und der Konzessionsabgabe an die Stadt werden die Bürger und Bürgerinnen zweimal zur Kasse gebeten. Neben den Steuern, die die Bürger bezahlen, zahlen sie auch noch überhöhte Gebühren, die noch dazu erhalten müssen, die Billigtarife für die Industrie abzufedern.

Die Stadtwerke Heidenheim sind eine Aktiengesellschaft und somit der kommunalen und demokratischen Mitbestimmung entzogen. Die DKP-Stadträte haben sich wiederholt gegen die Geschäftspolitik der Stadtwerke ausgesprochen. Sie sind der Ansicht, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Oberbürgermeister Ilg und die im Aufsichtsrat vertretenen Stadträte in erster Linie dem Profit der Stadtwerke und nicht den Verbrauchern, den Bürgern und Bürgerinnen verpflichtet sind.

Die DKP fordert:



Die vom Gemeinderat in den Stadtwerke AG-Aufsichtsrat delegierten Stadträte haben über ihre Arbeit im Gemeinderat zu berichten.

Sie haben insbesondere über die Preiskalkulation bei Strom, Gas, Wasser und Wärme aufzuklären.

Über alle Veränderungen der Geschäftsfelder, über Veräußerungen und/oder Beteiligungen sind Gemeinderat und Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend zu unterrichten.

Städt. Gebäude und die Straßenbeleuchtung müssen verstärkt auf ÖKO-Strom umzustellen.

**Die Wirtschaft muss den Menschen dienen
deshalb DKP**

Tunnel in der Innenstadt -ÖPNV, Umweltschutz-

Die Topographie unserer Stadt ist im Zentrum sehr beengt. Die Enge des Zentrums erschwert eine Verkehrsentwicklung, die dem wachsenden Anteil des Individualverkehrs gerecht wird. In den nächsten 15 Jahren nimmt der Individualverkehr um 20, der LKW-Verkehr um 60 Prozent zu. Diese prognostizierte Zunahme rechtfertigt einen ÖPNV, der nicht nur die Stadt Heidenheim umfasst, sondern das Umland stärker in ein geschlossenes Nahverkehrskonzept einbezieht.

Heidenheim wird in West-Ost-Richtung der B466 zur Autobahn A7 am Totenberg zum Nadelöhr. Autoabgase und Feinstaub entstehen im Stau aber im Untergrund. Ohne Tunnel, mehr ÖPNV und Schiene bedeutet weniger Feinstaub und weniger CO₂

Die CO₂- und die Feinstaubminderung müssen auch kommunalpolitisch auf die Tagesordnung.

Die Alternativen der DKP sind:



Mehr Schiene statt Straße, hauptsächlich im Güterverkehr.

Mehr ÖPNV in der Stadt und ins weitere Umfeld

Für den ansteigenden Schwerlastverkehr ist eine Umgehung mittelfristig notwendiger denn je.

den ÖPNV demokratisieren

Für den LKW-Durchgangs- Schwerlastverkehr wird die Stadt Heidenheim gesperrt.

Der LKW- und Schwerlastverkehr wird nur zur Be- und Entladung zugelassen.

Gleisanschlüsse, keine Autobahnanschlüsse im Brenztal.

Lebensmittelmarkt in der Innenstadt

OB Ilg setzt auf Großinvestoren und gleichzeitig auf Familien- und generationengerechtes Wohnen in der Innenstadt. Aber weder mit dem Drogeriemarkt Müller noch mit der ITG Investition „Schlossarkaden“ wurde der Engpass zum Einkauf von Lebensmitteln im Zentrum berücksichtigt. Städtebauliche und schöne Bausubstanz wie z. B die Voelter'sche Villa und das Finanzamt mussten dem Einkaufstempel weichen. Die Expansionsziele der ITG-Besitzer sind noch nicht erschöpft. Die Polizeiwache an der Schnaitheimer Straße ist im Visier der Abrissstrategen.

Die DKP sieht das COOP-Gebäude mittelfristig allerdings als sanierungsbedürftige Lösung für einen innenstädtischen Lebensmittelmarkt.

Die DKP sagt:



Keine Ausdehnung der „Schlossarkaden“ in Richtung Polizeiwache.

Die Omnibushaltestelle Marienstrasse ist ideal für eine zentrale

Einkaufsmöglichkeit von Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs.

Stadtverwaltung und Gemeinderat haben alles zu unternehmen, dieses COOP-Areal mit einer Veränderungssperre zu belegen, bis eine Nutzung für eine innerstädtische Einkaufsmöglichkeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erreicht ist.

Der Gemeinderat nimmt seine Ablehnung zum Kauf des COOP-Areals zurück.

Wegenetze in den Wohngebieten

Der Gemeinderat beschloss auf Antrag der Stadtverwaltung etliche Fußwege in verschiedenen Wohngebieten der Stadt einzuziehen. In zwei Schwerpunkten der Stadt, in den Sanierungsgebieten „Soziale Stadt Voithsiedlung“ und „Soziale Stadt Wilhelmstrasse / Kastorstrasse“ haben sich Anlieger zu Bürgerprotesten zusammengeschlossen. Ihr Ziel: Erhalt der Fußwege im Wohngebiet. Die Bürger verstehen die unnachgiebige Haltung des Gemeinderats und der Stadtverwaltung nicht, zumal diese betonten, dass gerade die Bürgerbeteiligung und Bürgermeinung bei der Entwicklung der Stadtteile gefragt sei.

Die DKP sagt:



Die DKP steht an der Seite der Bürgerinnen und Bürger.

Die DKP unterstützt ihre Proteste und ist der Meinung: Der Gemeinderat muss diese unsinnige Entscheidung zurücknehmen.

DKP Ortsgruppe Heidenheim : Wer sind wir?

Wir sind Bürger und Bürgerinnen wie Du und Ich. Angestellte und Arbeiter. Frauen und Männer. Alt und Jung. Menschen, die sich um unsere Gesellschaft und Lebensbedürfnisse Gedanken machen. Wir wollen uns in die Politik einmischen. Wir treffen uns monatlich zur Mitgliederversammlung. Dort diskutieren und entscheiden wir über unsere Aktivitäten. Wir haben monatlich unseren Infostand in der Fußgängerzone und unseren Stammtisch. Wenn Du Lust und Zeit hast, schau mal bei uns vorbei. Wir können noch mehr Mitstreiter gebrauchen.

Stadtrat Reinhard Püschel (Tel.: 924206); Stadtrat Wilhelm Benz (Tel.: 42424);
Johann Holzheu (Tel.: 45354); Uli Huber (Tel.: 941783).

**Die Deutsche Kommunistische
Partei (DKP)
eine Partei der
LINKEN
in der
Bundesrepublik Deutschland**



Spende!

**Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen
DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03
Kreissparkasse Heidenheim**

Vielen Dank!

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen
Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.



Ich möchte

- mehr Infos über die DKP
- UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen
- Kontakt zur DKP in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Einsenden an: DKP Heidenheim

Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim
Telefon: (07321) 92 42 06
Fax: (07321) 92 42 06
E-Mail reinhard.pueschel@web.de
Informationen an DKP Infoständen und
bei den DKP Stdräten
Reinhard Püschel und Wilhelm Benz

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:

